

## Antrag

der AfD-Fraktion

### Destabilisierung der Gesellschaft verhindern!

Der Landtag stellt fest:

- 1) Die bisherige deutsche Integrationspolitik ist gescheitert. In manchen Regionen Deutschlands haben sich bereits gefestigte Parallelgesellschaften etabliert.
- 2) Zersplitterte Gesellschaften in dem Sinne, dass sich mehrere Gruppen mit stark unterschiedlicher kultureller Identifikation gegenüberstehen, führen zwangsläufig zu starken sozialen Konflikten. Wie Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, sind derartig geprägte Gesellschaften und ihre Institutionen ständig vom Zerfall bedroht.
- 3) Politischer Einfluss von integrationsunwilligen Personen, deren Handeln daher bei Wahlen und Abstimmungen im Zweifelsfalle nicht primär am Wohle dieses Landes orientiert wäre, ist zu vermeiden. Deshalb muss die Vergabe der Staatsbürgerschaft an strengere Kriterien geknüpft sein.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1) dem Landtag bis spätestens Ende dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zum Ziel hat, im Artikel 7a der Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Mai 2019, folgenden Absatz 2 anzufügen:

„Das Land anerkennt die deutsche Kultur als Leitbild der Integration von Ausländern in die Gesellschaft sowie als Grundlage und Ursprung seiner gewachsenen, freiheitlichen Traditionen und fördert die Kenntnis dieses geistig-hochkulturellen, zivilisatorisch-demokratischen und handwerklich-greifbaren Erbes.“

- 2) bis Ende dieses Jahres ein neues Landesintegrationskonzept vorzulegen, in dem Integration nicht als wechselseitiger Verhandlungsprozess, sondern vor allem als Bringschuld der Ein- und Zuwanderer begriffen wird, mit der Möglichkeit der freiwilligen Aufnahme von positiven kulturellen Anreizen von außen für die Aufnahmegesellschaft. Hierbei gilt es
  - a) Ein- und Zuwanderung und Integration nicht nur als Chance für Brandenburg zu begreifen, sondern auch deren mögliche Risiken und aus ihr folgende Probleme zu berücksichtigen;

- b) als Grundlage für Integration nicht nur die interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur seitens der Aufnahmegesellschaft, sondern auch die Wichtigkeit der Durchsetzung einer deutschen Leitkultur anzuerkennen;
- c) das Gelingen der Integration nicht nur an der Überwindung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus festzumachen, sondern auch die Wichtigkeit einer klaren Anspruchshaltung gegenüber Ein- und Zuwanderern mit Sanktionen bei Verweigerungshaltung und Straffälligkeiten zu berücksichtigen.

### Begründung:

Ein langfristiges Scheitern der Integration von Ein- und Zuwanderern und das aus ihr folgende Anwachsen von Bevölkerungsteilen mit unterschiedlicher kultureller Identifikation birgt große Risiken für die Stabilität einer Gesellschaft. Schon seit spätestens Anfang der 1990er Jahre ist nachgewiesen, dass Demokratie und soziale Homogenität (bei der die kulturelle Prägung eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt) einander bedingen.<sup>1</sup> Selbst die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung konstatierte bereits, dass „kulturelle Heterogenität [...] den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen [kann]“.<sup>2</sup> Ein abschreckendes Beispiel für die Gefahren, welche eine kulturell tief gesplante Gesellschaft mit sich bringt, ist der Libanon.<sup>3</sup> Allein der dortige, aus Spannungen zwischen arabischen und christlichen Kräften resultierende, 15-jährige Bürgerkrieg zwischen 1975 und 1990 sorgte für ca. 90.000 Tote, 115.000 Verletzte, 20.000 Vermisste und 800.000 Flüchtlinge.<sup>4</sup> Doch auch die wiederholt rekordverdächtigen Zeiträume der Regierungsbildung in Belgien, wo kulturelle Unterschiede hauptsächlich auf der Ebene der Sprache bestehen, sind ein Zeugnis dafür, welche schwere Hypothek eine starke kulturelle Spaltung für das Funktionieren einer Demokratie sein kann.<sup>5</sup> Ein dauerhaftes Scheitern der Integration in die Aufnahmegesellschaft von Bevölkerungsgruppen, welche schnell anwachsen, stellt also eine Gefahr für unsere Gesellschaft dar.

Vorliegende Daten, z.B. zu schon lange hier lebenden muslimischen Migranten, deren Integration schon lange abgeschlossen sein müsste, zeigen, dass die Integrationspolitik bei Teilen dieser Bevölkerungsgruppen gescheitert ist. Bereits im Jahr 2006, also lange vor der historischen Grenzöffnung von 2015, verurteilten 13 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime sogar Selbstmordanschläge auf die Zivilbevölkerung nicht vollumfänglich.<sup>6</sup> Im Jahr 2019 wurde durch eine Kleine Anfrage aus der AfD-Bundestagsfraktion (Drucksache 19/14496) bekannt, dass ca. drei Viertel der in Deutschland lebenden Syrer ganz oder teilweise von Hartz IV lebten.<sup>7</sup> Symptom der gescheiterten Integration waren z.B. auch die hohen Zustimmungsraten zum vom türkischen Staatspräsidenten Erdogan betriebene Verfassungsreferendum im Jahr 2017.<sup>8</sup> Dies zeigt anschaulich, welche Gefahren von einer gro-

---

<sup>1</sup> Döring H. (1993) Demokratie und soziale Homogenität: zur Struktur der Gesellschaft. In: Großbritannien. Grundwissen Politik, vol 8. VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-93624-0\\_3](https://doi.org/10.1007/978-3-322-93624-0_3).

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/zollstock-1-1-5>, letzter Zugriff: 12.05.2021.

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/kultur/geschichte-libanons-ein-balanceakt/23664448.html>, letzter Zugriff: 12.05.2021.

<sup>4</sup> Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Libanesischer\\_B%C3%BCrgerkrieg](https://de.wikipedia.org/wiki/Libanesischer_B%C3%BCrgerkrieg), letzter Zugriff: 02.06.2021.

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/belgien-koalitionsbildung-101.html>, letzter Zugriff: 12.05.2021.

<sup>6</sup> Vgl. <https://www.pewresearch.org/global/2006/06/22/the-great-divide-how-westerners-and-muslims-view-each-other/>, letzter Zugriff: 12.05.2021.

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.welt.de/politik/article200708580/Migration-Drei-von-vier-Syrern-erhalten-Hartz-IV.html>, letzter Zugriff: 12.05.2021.

<sup>8</sup> Vgl. <https://de.statista.com/infografik/8980/so-stimmten-tuerken-weltweit-beim-verfassungsreferendum-ab/>,

ßen Masse an Personen mit nichtwestlichen, religiös-fundamentalistischen Wertvorstellungen für unsere Demokratie ausgehen können, wenn diese das Wahlrecht besitzen. Auch z.B. die etablierte türkische Minderheitenpartei DPS in Bulgarien<sup>9</sup>, welche türkische Klientelinteressen auf nationaler Ebene verfolgt oder erste kommunale Wahlerfolge von Minderheitenparteien wie der BIG-Partei in migrantisch geprägten Stadtteilen wie Duisburg-Marxloh<sup>10</sup>, sind ein Hinweis auf die Probleme, welche derartige Entwicklungen mit sich bringen können. Die Bundeshauptstadt Berlin ist (vor allem) mit Teilen Neuköllns ein weiteres Beispiel für Gegenden in Deutschland, in denen eine Integration in die deutsche Aufnahmegesellschaft nicht mehr möglich erscheint.<sup>11</sup>

Bis 2050 wird der muslimische Bevölkerungsanteil in Deutschland voraussichtlich 15 bis 20 Prozent betragen.<sup>12</sup> Umfragen unter Muslimen zeigen immer wieder, dass dies eine gefährliche Entwicklung darstellt, sollte die Integration in unsere westlichen Werte nicht besser gelingen.<sup>13</sup> Grundvoraussetzung für das Gelingen der Integration von Ausländern ist, dass der Anteil von noch nicht integrierten Personen der verschiedenen Kulturkreise an der Gesamtbevölkerung nicht zu groß wird. Je höher der Anteil von noch nicht integrierten Ein- und Zuwanderern in einer Wohngegend, umso schwieriger gelingen Integrationsprozesse. Je unterschiedlicher die kulturelle Prägung von Ausländern und Aufnahmegesellschaft, desto geringer muss der Anteil der Migranten sein, damit die Integration noch funktionieren kann. Diese Einsicht macht sich zunehmend auch in anderen Ländern breit, weshalb Dänemark, neben weiteren Maßnahmen zur Verhinderung des Anwachsens von Parallelgesellschaften, kürzlich eine Obergrenze für Personen nicht westlicher Herkunft in Stadtvierteln verabschiedete.<sup>14</sup> Damit derartiges im Land Brandenburg nicht notwendig wird, gilt es, ein Umsteuern in der Integrationspolitik einzuleiten. Hierbei muss die Wichtigkeit von relativer kultureller Homogenität für die Stabilität einer Gesellschaft und damit die hohe Relevanz einer deutschen Leitkultur bei allen Integrationsprozessen anerkannt werden. Aufgrund der existenzentscheidenden Bedeutung des Themas für unsere Demokratie und der Tatsache, dass die Landesverfassung bereits einen Artikel zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens enthält, in dem jedoch bislang nur Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verurteilt werden, bietet es sich an, diese Leitkultur für Integrationsprozesse verfassungsrechtlich zu verankern. Hieraus muss auch die Überarbeitung des Landesintegrationskonzepts folgen. Dies basiert bisher auf der Prämisse der Integration als wechselseitigem Prozess, ganz im Sinne der ehemaligen Bundesflüchtlingsbeauftragten Aydan Özoguz und ihrem Credo der täglichen Neuverhandlung des Zusammenlebens.<sup>15</sup> Eine derartige Sichtweise auf die Integration von Ein- und Zuwanderern setzt dem aus beschriebenen Gründen gefährlichen kulturellen Auseinanderdriften der Gesellschaft jedoch nichts entgegen.

---

letzter Zugriff: 05.03.2021.

<sup>9</sup> Vgl. <https://www.dps.bg/>, letzter Zugriff: 05.03.2021.

<sup>10</sup> Vgl. [https://wahlergebnis.duisburg.de/Europawahl2019/05112000/html5/Europawahl\\_41\\_Kommunalwahlbezirk\\_Marxloh.html](https://wahlergebnis.duisburg.de/Europawahl2019/05112000/html5/Europawahl_41_Kommunalwahlbezirk_Marxloh.html), letzter Zugriff: 05.03.2021.

<sup>11</sup> Vgl. [https://www.deutschlandfunk.de/arabische-clans-parallelgesellschaft-mitten-in-berlin.1773.de.html?dram:article\\_id=351378](https://www.deutschlandfunk.de/arabische-clans-parallelgesellschaft-mitten-in-berlin.1773.de.html?dram:article_id=351378), letzter Zugriff: 02.06.2021.

<sup>12</sup> Vgl. <https://www.pewforum.org/2017/11/29/europes-growing-muslim-population/>, letzter Zugriff: 05.03.2021.

<sup>13</sup> Vgl. <https://www.pewforum.org/2013/04/30/the-worlds-muslims-religion-politics-society-overview/>, letzter Zugriff: 05.03.2021.

<sup>14</sup> Vgl. <https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2021/daenemark-obergrenze-bewohner-herkunft/>, letzter Zugriff: 05.04.2021.

<sup>15</sup> Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article146582999/Das-ist-der-Masterplan-zur-Integration-der-Fluechtlinge.html>, letzter Zugriff: 05.04.2021.

Die Umsetzung der in diesem Antrag aufgeführten Maßnahmen könnte ein erster Schritt sein, um eine besser gelingende Integration von Ein- und Zuwanderern und die Verhinderung der Zersplitterung der Gesellschaft in den Bereich des Möglichen zu rücken und die politische Selbstbestimmung der Deutschen und damit den Fortbestand unserer Demokratie zu beschützen. Das Land Brandenburg als Bundesland mit noch vergleichsweise wenig Migranten und dadurch folgendem größeren Handlungsspielraum gegen negative Entwicklungen, sollte hier im Sinne der Verhinderung von Negativbeispielen wie in Teilen Westdeutschlands oder Frankreichs<sup>16</sup> mit gutem Beispiel vorangehen.

---

<sup>16</sup> Vgl. <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/macron-versucht-nun-islamische-gegengesellschaften-nicht-einfach-weiter-gewaehren-zu-lassen/>, letzter Zugriff: 12.04.2021.